Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 30 || **Mittwoch, den 5. Februar 1930** || **82. Jahrgang**

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Die Evangelisations-Vorträge), veranstaltet vom Jugendbund für entschied. Christentum finden wegen des starken Zuspruchs vom 7./2. an nicht mehr im Gemeinschaftssaal, Albertstraße, sondern im Saale des Herrnhauses statt. — Das Thema „Elternnot" wird statt Donnerstag erst am Sonnabend gehalten werden. Jedermann ist herzlich eingeladen (siehe Anzeige).

— (28 warme Winter.) Die Verwunderung über das heurige milde Winterwetter wird etwas gemildert, wenn man in einer alten Chronik die Berichte über 28 ungleiche wärmere Winter liest, die in den Jahren 1100—1800 gezählt wurden: Im Jahre 1289 war es so warm, daß die Jungfrauen um Weihnacht und am Dreikönigstag Kränze von Veilchen, Kornblumen und anderen trugen. Im Jahre 1420 war der Winter und das Frühjahr so gelind, daß im März die Bäume schon verblühten. Im April hatte man schon zeitige Kirschen und der Weinstock blühte. Im Mai gab es schon ziemliche Traubenbeerlein. Im Winter 1538 war die Wärme so außerordentlich, daß um Weihnacht alle Blumen blühten. Im ersten Monat des Jahres 1572 schlugen die Bäume aus, und im Februar brüteten die Vögel. Im Jahre 1585 stand am Ostertag das Korn in den Aehren. In den Jahren 1617 und 1659 waren schon im Januar die Lerchen und die Drosseln lustig. Im Jahre 1722 hörte man im Januar schon wieder auf, die Stuben einzuheizen. Die letzten ungewöhnlich warmen Winter werden in den Jahren 1748 und 1806 verzeichnet.

— (Nach dem Hundertjährigen Kalender) soll im Februar das Wetter wie folgt sein: Vom 1. bis 5. Februar sehr kalt; am 6. Schnee, am 7. sehr kalt, vom 8. bis 10. sehr kalt, den 11. etwas milder, doch immer noch grimmige Kälte, die am 12. etwas nachläßt; am 13. und 14. starker Sturm mit Schnee und Kälte' am 15. trüb, am 19. trüb und kalt, am 20. angenehm warm, vom 21. bis 28. Regen.

— („1930, das Jahr des Grauens!" Von nationalsozialistischer Seite wird geschrieben: Wenn das alte Jahr zur Neige geht und das neue beginnt, pflegt der Mensch Rückschau und Ausschau zu halten. Noch nie standen wir vor so schweren Ereignissen wie jetzt. Seit 1918 haben die republikanischen Kabinette ihre Aufgabe darin gesehen, Deutschland auszuverkaufen und seinen Besitz zu verpfänden. Sie schaffen nichts Neues, außer Steuererhöhungen, sie verstehen es nur virtuos, das, was die vor ihnen geschaffen haben. Und als Kanzler Müller der katastrophalen Lage des deutschen Volkes von der Tribüne des Reichstages Ausdruck gab, sagte er nur reichlich verspätet, was die Spatzen längst von den Dächern pfeifen: Ueber der Republik kreist der Pleitegeister. Der Finanzminister muß zur Begleichung dringendster Verpflichtungen Kredite bei den Großbanken nehmen, die Wirtschaft ist im Zusammenbruch, Millionen sind beschäftigungslos. Handelsverträge, die jeder Wirtschaftskenntnis entbehren, begünstigen die Unrentabilität der Landwirtschaft und leisten der Einfuhr ausländischer Produkte und damit der Arbeitslosigkeit Vorschub. Die Regierungskünste der sich Staatsmänner Nennenden bestehenden im überwiegenden Maße darin, das Volk über seinen Knechtszustand hinwegzutäuschen. Im alten Rom kannte man hierfür Brot und Spiele, Getreide für die unruhigen Elemente, am Abend Gladiatorenkämpfe und Wagenrennen. Im heutigen Deutschland müssen mangels Brot die Spiele doppelt herhalten. Ist es nicht ein erhebendes Zeichen des Vertrauens in Deutschland Zukunft, daß man 6000 Mark pro Abend für den „sonny boy"-Sänger Al Jolson zahlt, indes die dunkle Nacht der grauenvollsten Not ihre spitzen Krallen in die Herzen von Millionen schlägt? Die Dinge stehen auf der Spitze. Haag war der Schlußstein am Tempel des Weltgeldes. In die feierliche Stille der Konferenzsäle, durch die bisher nur Zahlen, nur Statistiken, nur tote Buchstaben gingen, rollt zum ersten Male das Gewitter einer Volksrebellion, dröhnt der Rhythmus von marschierenden Kolonnen: das deutsche Volk ist im Erwachen!

— (Stand der Tierseuchen.) Der amtliche Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Tierseuchen in Sachsen am 31. Januar d. J verzeichnet für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz: Milzbrand in 1 Gemeinde und 1 Gehöft; Maul- und Klauenseuche in 3 Gemeinden und 3 Gehöften; Ansteckende Blutarmut der Einhufer in 2 Gemeinden und 2 Gehöften; Bienenseuchen (Faulbrut) in 4 Gemeinden und 14 Gehöften.

— (Wachsender Pfarrermangel in der ev.-luth. Landeskirche Sachsens.) Im Jahre 1929 starben in der ev.-luth. Landeskirche 16 Geistliche, 44 traten in den Ruhestand über, sodaß der Gesamtabgang 60 betrug. Im gleichen Zeitraum bestanden die Wahlfähigkeitsprüfung fürs geistliche Amt 23 Kandidaten. Es besteht also zwischen

Entdeutschung um jeden Preis

Wie Polen die „Verständigung" mit Deutschland betreibt

Diskontsenkung von 6½ auf 6 % — Neues Blutbad in China — Frankreich zahlt 400 Millionen zu Luftrüstungszwecken

Warschau. Mit Bestimmtheit konnte festgestellt werden, daß das polnische Ministerium für Agrarreform eine neue Liste von zwangsweisen Parzellierungen von Großgrundbesitz angefertigt hat, die voraussichtlich schon am 15. Februar d. J. in dem amtlichen „Monitor Polski" verlautbart werden soll. Wie zu erwarten war, wird auch diesmal der deutsche Großgrundbesitz, in erster Linie natürlich in Pommerellen, zur zwangsweisen Parzellierung ganz besonders scharf herangezogen, und zwar mit der deutlichen Tendenz, die Agrarreform auch weiterhin als Entdeutschungsmittel anzuwenden. Von ungefähr 6000 Hektar Boden, die beispielsweise im Korridor für die Enteignung bestimmt wurden, sollen allein 5000 Hektar auf deutschen Grundbesitz entfallen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Polen nun auch die übrigen, sehr fragwürdigen und überaus teuer erkauften Zugeständnisse im deutsch-polnischen Liquidationsvertrage mittels Agrarreform wiederum wettzumachen und dadurch

dem deutschen Großgrundbesitz im Korridor endgültig den letzten Stoß zu versetzen gewillt

ist. Auf diese Weise bleibt Polen seinem obersten Grundsatz in bezug auf die Politik in den früheren preußischen Teilgebieten treu, der da heißt: „Entdeutschung des Landes um jeden Preis und mit allen Mitteln ohne Rücksicht auf Verträge, Verfassung und sonstige internationale Verpflichtungen."

In dieser Hinsicht wird vor allen Dingen den betreffenden Entdeutschungsplänen des besonders in den Westgebieten tätigen Westmarkenvereins Vorschub geleistet, dessen Polonisierungsprogramm nicht nur von der Regierung voll und ganz übernommen wurde, sondern auch von den polnischen Parteien ausnahmslos vertreten wird. Dies ist besonders in der letzten Aussprache über den Etat des Agrarreformministers im Haushaltsausschuß des Sejm auch von den Vertretern der sogenannten demokratischen Parteien deutlich zum Ausdruck gebracht worden. So bemängelte der Referent des Parlaments, Abgeordneter Malinowski, daß die Parzellierung in Oberschlesien, wo sich immer noch 55 Prozent des ganzen Bodens in deutschen Händen befinden, nur sehr schwach fortgeschritten sei. Selbst der Minister gab zu, daß

in den letzten Jahren in Pommerellen über 12 000 Hektar parzelliert

wurden. Mit Bestimmtheit kann hierzu festgestellt werden, daß auf diese 12 000 Hektar höchstens 5 Prozent polnischen Grundbesitzes entfallen, und schließlich erklärte der angeblich als deutschfreundlich geltende Bauernführer Dombski, er sei für unbedingte Parzellierung, insbesondere des Großgrundbesitzes im Korridor, denn, so sagte er wörtlich: „Wenn ich die Landkarte Pommerellens betrachte und dort den Zugang zum Meeer ansehe und dieses Gdingen, so entsteht in meinem Geist die Angst beim Gedanken in bezug auf die politischen Tendenz unseres Nachbarn. Man muß Gdingen eine gehörige Stütze geben, und das kann nur die Bevölkerung (lies polnische Bevölkerung) sein. Wenn irgendwo, so können in Pommerellen keine Großbesitzungen belassen werden."

Die Entschädigung nach dem Liquidations-Abkommen.

Die Verhandlungen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen sind nunmehr abgeschlossen; ein entsprechender Gesetzentwurf wird dem Reichstag zugleitet. Als wichtigster Punkt dieses Abkommens sei erwähnt, daß die Entschädigungspflicht für die von Polen liquidierten Reichsdeutschen von der deutschen Reichsregierung übernommen worden ist. Es handelt sich hierbei besonders um die bereits vor dem Haager Schiedsgericht angemeldeten Forderungen in Höhe von 538,7 Millionen Reichsmark, für die jetzt Deutschland die Entschädigung zu übernehmen hat. Nach Aeußerungen von unterrichteter Seite wird diese Summe jedoch nicht als Basis anerkannt werden, sondern es wird eine Nachprüfung erfolgen. Entsprechende Entschädigungsvorschläge werden dem Reichstag mit dem zu ratifizierenden deutsch-polnischen Liquidationsabkommen zugeleitet werden. Danach sollen die angemeldeten Forderungen dieser Geschädigten in einem objektiven Verfahren neu abgeschätzt werden, wogegen den Geschädigten eventuell die Anrufung des Reichswirtschaftsgerichts als Revisionsinstanz zustehen soll.

Parlamentarischer Streit um Panzerkreuzer B.

Das Polen-Abkommen gefährdet den Young-Plan.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch zu den Beratungen über den Etat für 1930 zusammen und hatte dabei eine Auseinandersetzung über eine der wichtigsten politischen Fragen, nämlich über den Bau des Panzerkreuzes B. In dem bisherigen Etatsentwurf ist eine Summe für den zweiten Panzerkreuzer nicht eingestellt. Das Reichswehrministerium hat entweder als Grundlage für den Beginn des Baues den Betrag von 2 Millionen Mark oder als sogenannte Anerkennungssumme mindestens den Betrag von 100 000 Mark für den Panzerkreuzer B gefordert. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts lehnen mit der gesamten Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie jede Summe für den Panzerkreuzer B aus allgemeinen politischen Gründen ab. Die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts werden sich ebenso wie die bürgerlichen Mitglieder der Reichstagsfraktion darüber entscheiden müssen, ob sie sich der politischen Forderung der Sozialdemokratie in dieser Frage fügen wollen.

Die Reichstagsverhandlungen über die Haager Gesetze beginnen erst am Dienstag, den 11. Februar. Die bisherigen Besprechungen des Reichskanzlers und des Außenministers mit den Parteiführern über die außenpolitischen Fragen haben bei dem Problem des deutsch-polnischen Liquidations-Abkommens noch keine volle Einigung gebracht. Die Reichsregierung, die zuerst erklärt hatte, daß zwischen dem deutsch-polnischen Liquidations-Abkommen und dem Young-Plan keinerlei Beziehungen beständen, hat den Parteiführern mitgeteilt, daß sie unbedingt die

Annahme des deutsch-polnischen Liquidations-Abkommens mit dem Young-Plan,

wenn auch nicht in einer gemeinsamen Abstimmung, fordern müsse. Werde das deutsch-polnische Liquidations-Abkommen abgelehnt, dann würden die übrigen Staaten den Young-Plan nicht ratifizieren. Infolgedessen sehen sich die Regierungsparteien des Reichstages, bei dem zahlreiche Abgeordnete das deutsch-polnische Liquidations-Abkommen ablehnen wollen, vor die Frage gestellt, ob sie den Young-Plan und das Abkommen ablehnen oder das Abkommen mit dem Young-Plan annehmen sollen.

Diskont-Senkung.

Die Reichsbank hat am Dienstag beschlossen, den Reichsbankdiskont von 6½ auf 6 Prozent und den Lombardsatz von 7½ auf 7 Prozent zu senken.

Neues Blutbad in China

Berlin, 5. Februar. Wie Berliner Blätter aus Kanton melden, ist es zwischen Nationalchinesischen Truppen und aufständischen Kontingenten in der Nähe des Ortes Pin glo nördlich von Wutschau zu einem schweren Kampf gekommen. Die Aufständischen sollen ungefähr 1000 Mann verloren haben und die Verluste auf Seiten der Regierungstruppen sollen gleichfalls recht hoch sein. Die Nationalchinesische Regierung hat die englischen Schiffsreeder davon unterrichtet, daß die Lage auf dem oberen Westfluß infolge Ausbruchs eines Aufstandes für die Schiffahrt während der nächsten Wochen unsicher sei.

Frankreichs Luftfahrtminister erhält 400 Millionen zu Rüstungszwecken

Paris, 4. Februar. Bei der Beratung des Haushalts des Luftfahrtministeriums in der Kammer forderte der Abgeordnete Delessalle von der radikalen Linken energisch die Verbesserung der Luftverteidigung Frankreichs an der Nord- und Nordostgrenze. Im Fall eines Krieges mit Deutschland, so führte der Redner aus, würde der Einbruch in erster Linie auf dem Luftwege erfolgen. Man müsse deshalb eine ausreichende Menge von Bombenflugzeugen an der Nord- und Nordostgrenze in Bereitschaft haben. Der Luftfahrtminister Laurent-Eynac erklärte hierauf, daß die Maßnahme zur Flugzeugabwehr zwar nicht zu seinem Ressort gehörten, er habe aber vom Kriegsministerium einen Kredit

SLUB
Wir führen Wissen.